

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigenpreis: Die 10 getippten Zeilen für einen Monat 10 Reichsmark. Kleinere Anzeigen nach Vereinbarung. — für Kompletten Satz 10 Reichsmark. — für den Rest 5 Reichsmark. — für den Rest 5 Reichsmark. — für den Rest 5 Reichsmark.

Organ der KPD., Bezirk Schlesien
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement 10 Reichsmark monatlich. — für den Rest 5 Reichsmark. — für den Rest 5 Reichsmark. — für den Rest 5 Reichsmark.

7. Jahrgang.

Montag, den 29. Juni 1925

Nummer 143

Nationale Aufwertungsstörung!

Die Inflationsgewinne des deutschnationalen Freiherrn von Richthofen

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstags hat sich am Sonntag mit den persönlichen finanziellen Interessen von Aufwertungsbeträgern an der betrügerischen „Regelung“ der Aufwertungsfrage beschäftigt. Damit ist der Vorhang von einer unglaublichen Korruption weggerissen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekommt in immer größerem Umfang ihre Ergänzung in der deutschnationalen Aufwertungsstörung. An beiden Korruptionen gleichmäßig beteiligt ist die Schwarzrot-goldene Zentrumspartei.

Der Anlaß zu den neuesten Enthüllungen gaben die von dem Sozialdemokraten Keil am Montag in der Reichstags-Sitzung gegen die deutschnationalen Aufwertungsbeträger erhobenen Anschuldigungen. Der deutschnationalen Abgeordnete Horst und seine Koalitionsgesellen, die Herren Wunderlich (Wirtschaftspartei), Schetter (Zentrum) und Zörrißen (Wirtschaftspartei), erklärten die Keil'sche Neuerung als eine Beleidigung und verlangten ihre Zurücknahme. Darauf tritt der bekannte Dr. Best auf den Plan. Dieser erklärt: Vor allem der deutschnationalen Antrag, betreffend die Aufwertung von Kaufgeldern, aber auch noch eine Reihe anderer Anträge der Regierungsparteien seien veranlaßt durch Privatinteressen der betroffenen Abgeordneten. Auf den Zuruf: „Namen nennen!“ macht Dr. Best nunmehr folgende genauere Angaben über die Korruption im Lager der Regierungsparteien.

Die Anschuldigungen des Dr. Best

Dr. Best erklärte:

1. Von der Schwester des Freiherrn von Richthofen, Breslau, des bekannten deutschnationalen Landwirtsführers und Zollführers, habe er die Mitteilung erhalten, daß von Richthofen ein Gut von 4 bis 500 Morgen Rübenboden im Werte von 1 1/2 Millionen Goldmark (einem halben Millionen) für drei Millionen Papiermark, gleich 150 000 Goldmark, gekauft habe. Die Verkäuferin, seine eigene Mutter, habe auf dem Gute eine Hypothek in Höhe von einer Million Papiermark (ein Drittel des Kaufpreises) stehen lassen. Dafür habe er ihr später 75 Ztr. Roggen als Ablösung geboten und er unterfützte auch heute die Mutter nur völlig ungenügend. Von Richthofen habe ihm (Best) selbst einen Brief geschrieben, worin er aber auf diese tatsächlichen Feststellungen gar keine Antwort gegeben, sondern nur seinen Schwager gemeiner Handlungen an einem Mädchen beschuldigt habe.

2. Ähnliche Mitteilungen habe er (Best) auch über andere Herren erhalten. 3. B. sei der deutschnationalen Abgeordnete Rademacher als Teilnehmer an einer Bergwertgesellschaft selbst in hohem Grade gegen die Aufwertung finanziell interessiert. (Dr. Rademacher ist führendes Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Aufwertungsausschuss.)

4. Paul Wittreitung des deutschnationalen Abgeordneten Steiniger sei die Frau des deutschnationalen Abgeordneten Oberführer im Wert von einer halben Million Goldmark durch die Hypothekenaufwertung bereichert.

5. Entsprechende Mitteilungen habe er (und ebenso auch der Zentrumsabgeordnete Roth) über den Zentrumsabgeordneten Dr. Schottler erhalten.

Auf diese schweren Anklagen meldeten sich alsbald die Beschuldigten zum Wort. Sie waren merkwürdigerweise alle zur Stelle, obwohl ihre Namen am Montag in der Reichstags-Sitzung nicht genannt worden waren. Ihre weitgeschweiften Erklärungen gaben ein noch weit schlimmeres Bild als die Worte ihres Anklägers selbst.

Herr von Richthofen, der Sohn seiner Mutter

Da ist der Freiherr v. Richthofen, aus altem adligen Geschlecht — ein guter Sohn seiner Mutter. Nur um das Gut in der Familie zu erhalten, hat er in der schlimmsten Inflationzeit seine Mutter darum gebracht, indem er — nach seiner eigenen Darstellung — das Gut, das unter Brüdern 600 000 Goldmark wert ist, für Papiermarktheine im Werte von 200 000 Goldmark an sich brachte.

Er gibt an, ihr 20 bis 30 Zentner Roggen zur Verfügung gestellt zu haben. Die Frau habe aber diese 20-30 Zentner sofort zu dem von ihr für hoch gehaltenen Inflationspreis verkauft, und er habe ihr als guter Sohn erklären müssen, er könne ihr künftig das Mehl nur noch pfundweise anmessen. (1)

Der Hauptschuldige aber, der dies alles an die große Glocke gehängt habe, sei kein Schwager, der Mann seiner Schwester, ein hoher Offizier, der aus seinem Regiment in Schlesien wegen unehrenhafter Handlungen ausgeschieden sei und später eine hochgeschätzte schlesische Gutsbesitzerfamilie geheiratet habe. — Von Richthofen deutete dann etwas zart und etwas an über eine Gutsbesitzerin, bei der sein Schwager sich eingemischt habe. Dann schweig er, weil ihm, wie er sagte, der Nummer über die Familiensache die Worte in der Rede ersticke.

Herr Oberführer, der Mann seiner Frau

Der deutschnat. Abg. Oberführer erklärte zunächst, daß er mit der Vermögensverwaltung seiner Frau nichts zu tun

hätte. Damals, als er sich nach Best als Vorkämpfer gegen die Aufwertung betätigt hat, habe er sie überhaupt noch nicht gekannt gehabt. (S. h., der geschäftstüchtige Mann hat das Geschäft mit der reichen Witwe erst perfekt gemacht, nachdem er sich versichert hatte, daß die Witwe durch die Aufwertungsstörung der deutschnationalen Partei nicht um eine halbe Million armer gemacht wird.)

Herr Dr. Rademacher, der Direktor seines Bergwerks

Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Rademacher, führendes Mitglied des Aufwertungsausschusses, erhebt während der Sitzung gegen die verleumdende Behauptung, daß er persönlich gegen die Aufwertung der Rest-Kaufgeld-Forderungen interessiert sei. Nicht er persönlich ist daran interessiert, sondern die von ihm vertretene Gesellschaft und ebenso

Wie steht es mit Max Hoelz?

Von besonderer Seite wird uns mitgeteilt:

Belanllich wurden vor einigen Tagen die Frau des Genossen Hoelz, die Genossin Waldtraut Hoelz und die beiden Genossinnen Jahn verhaftet. Trotzdem ihnen keine strafbaren Handlungen nachgewiesen werden konnten, sitzen sie nun schon seit 10 Tagen in Haft. Gleichzeitig mit der Polizeiarrestation gegen diese Genossinnen wurde eine

polizeiliche Hausdurchsuchung in der Zelle von Max Hoelz abgehalten. Es wurde natürlich nichts gefunden, was irgendwie den Genossen Hoelz belastet hätte. Angeblich sollte er einen unerlaubten Briefverkehr mit der Außenwelt geführt haben. Diese Polizeimaßnahme erregte selbst bei den Beamten des Kesselauer Gefängnisses mit Recht) größte Empörung. Die Mehrzahl von ihnen sprach sich in schärfster Weise gegen ein derart unerhörtes Vorgehen aus.

Trotzdem haben die Schikanen gegen den Genossen Hoelz nicht nachgelassen. Unheimlich hat man in den letzten Tagen eine bisjubilnarisches Strafe über Max Hoelz verhängen wollen, die auf dessen Widerstand gestossen ist. Jedenfalls ist dem Genossen Hoelz seit Tagen die Freistunde entzogen. Besuche untersagt, ihm überhaupt jede Vergünstigung entzogen worden. Ja, auch die Breslauer Gefängnisverwaltung will es diesmal anscheinend mit den Ministerischen Foltermethoden versuchen. Wie wir erfahren, ist Genosse Max Hoelz

seit Freitag in die Zelle eingesperrt worden.

Diese Zelle, in Wirklichkeit eine entsetzliche Marterhöhle für jeden Gefangenen, soll die Widerstandskraft des Genossen Hoelz die die hierjährigen Qualereien überstanden hat, nun endlich brechen.

Diese Nachricht muß den größten Protest, vor allem bei der Breslauer Arbeiter-Gesellschaft hervorrufen, die besondere Pflichten der Solidarität gegenüber dem Kameraden Max Hoelz hat! Die Breslauer Arbeiter müssen in den Betrieben und Versammlungen sofort zu dieser unerhörten Brutalität der Gefängnisverwaltung Stellung nehmen! Sie dürfen nicht dulden, daß einer der Besten der deutschen Revolution mit mittelalterlichen Foltermethoden zur Strecke gebracht wird!

*

Protestresolution

Breslau, 29. Juni.

Wir erhalten folgende Entschließung angelandt: „Die heute, am 28. Juni 1925, tagende Unterbezirkskonferenz der kommunistischen Jugend in Breslau erhebt scharfen Protest gegen den Polizeiarrest und Justizterror an den Genossen Max Hoelz und dem Genossen Max Hoelz.“

*

Das Oelschwerer Parlament fordert sofortige Amnestie

Oelschwerer, 27. Juni.

In der Sitzung der Oelschwerer Stadtverordneten vom 26. Juni wurde wieder eine äußerst umfangreiche Tagesordnung behandelt. Neben diesem leeren Stroh, was geduldet wurde, haben sich die Stadtverordneten unter dem Druck der kommunistischen Fraktion gezwungen, folgende drei Anträge anzunehmen:

1. Mit Mehrheit angenommen wurde der Antrag der KPD: Das Oelschwerer Stadtparlament fordert die sofortige Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen. Der Magistrat wird beauftragt, diese Forderung sofort durch Telegramm dem Reichstag und dem Landtag zu unterbreiten.

2. Einstimmige Annahme kund der Antrag der KPD, von Reichstag und Landtag den sofortigen Wegfall der Haussteuer zu fordern.

Der ganze deutsche Braunkohlebergbau, der in der Inflation billige Land gekauft hat, das heute mit Rest-Kaufgeldern belastet ist. Die Interessen dieses Industriezweigs (besonders der kapitalistischen Ausbeuter dieses Industriezweigs) haben er wahrgenommen, und damit auch die seiner Gesellschaft. Aber deren „Geschäfte“ drückte er sich sehr unklar und widersprechend aus.

Herr Dr. Schetter, ein frommer Schwiegerjahn

Der letzte im Munde ist der fromme Schwarzrot-goldene Zentrumsmann Dr. Schetter. Er selbst — so sagt er — seine Frau, seine verwitwete Mutter und seine Schwester wären nur für die Aufwertung interessiert, nicht dagegen. Aber von seinem Schwiegervater gibt er zu, daß der ein Großgrundbesitzer ist und seinen Gläubigern die Hypothek in der Inflationzeit zurückgezahlt hat. Dr. Schetter, sei aber trotzdem immer für eine Aufwertung eingetreten, da er gedacht hätte: was der Schwiegervater als Schuldner ersparen würde, könnte man ihn doch leicht in Form einer Inflationssteuer wieder abnehmen. (Aber gerade gegen diese von den Kommunisten beantragte Inflationssteuer haben sich ja die Herren vom Aufwertungsausschuss „einschließlich des Zentrums mit allen Kräften und Mitteln erfolgreich gestraubt!)

Dr. Best hält die Anklagen aufrecht!

Dr. Best erwidert auf alle diese Ablehnungs-Entscheidungen- oder Beschönigungsversuche, daß er seine Behauptungen im vollen Umfange aufrechterhält, daß er sein Material vorlegen wird und gerichtliche Aufklärung verlangt. Solche Erklärungen, wie sie von den Angeklagten ohne Beleg und ohne sich hier im Ausschuss abgegeben wurden, seien durchaus nicht glaubwürdig.

Man darf gespannt sein, was die weitere Aufklärung noch ergeben wird.

Beendigung der ersten Lesung der Aufwertungsgeetze

Die Kommunisten allein treten im Aufwertungsausschuss für die Inflationsopfer ein

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni

Der größte Teil der Sonnabend-Sitzung des Aufwertungsausschusses wurde ausgefüllt durch die Beschreibung des von Dr. Best gegen eine Anzahl von Abgeordneten der Regierungsparteien erhobenen Vorwurfs der persönlichen Korruption. Nachdem die Herren v. Richthofen, Rademacher, Oberführer und Dr. Schetter gegenüber den gegen sie erhobenen schwereren Anschuldigungen ihre fadenstehigen Ausreden vorgebracht hatten, machten sie und ihre Parteigenossen sich mit dem gleichen unbedünneten Synkismus, wie bisher, an ihre Arbeit, an die weitere Abwägung der von ihnen vor der Wahl des Inflationsopfern gegebenen Versprechungen.

Der Ausschuss leistete dabei Schnellarbeit. Die erste Lesung der beiden Regierungsvorlagen und der über hundert dazu eingehenden Änderungsanträge wurde ohne viel Diskussion mit der üblichen Abstimmungsquillotte zum Abschluß gebracht. Die Kommunisten stellten zu § 50 des Aufwertungsgegesetzes den Antrag, daß den ärmsten und kleinsten Anteilhabern, — denen, die als bedürftige Arbeiter weniger als insgesamt 1000 Mark Anteile besitzen und bis zum heutigen Tage in Händen behalten haben — statt der von den Regierungsparteien beabsichtigten fünfprozentigen eine hundertprozentige sofortige Barabfindung gewährt werden soll. Für diesen Antrag erhob sich außer den Kommunisten keine Hand, auch die Sozialdemokraten regten keinen Finger, um für diese Ärmsten der Armen einzutreten.

Desgleichen wurde von der reaktionären Mehrheit einstimmig ein weiterer kommunistischer Antrag abgelehnt. Der verlangte, daß der Ausschuss nunmehr, nach Abschluß der ersten Lesung der beiden Gesetzentwürfe, in eine abschließende Aussprache eintreten sollte über die dritte, von dem Zentrum des Reichstags übermittelte Drucksache, die Senfstrich der Regierung über den Ausbau der Bekämpfung von Inflationen enthält. Natürlich wollen die bürgerlichen Parteien im Aufwertungsausschuss nicht über die von den Kommunisten beantragte Inflationstheoretische Bestätigung der Inflationstheorie der KPD und Parteipresse sprechen. Der wirkliche Zweck ihrer Arbeit im Aufwertungsausschuss besteht ja gerade umgekehrt darin, für die großen Häufliche des Großkapitals und damit zugleich auch für sich selbst, für die Bergwertgesellschaft des deutschnationalen Herrn Rademacher, für die Ehefrau des Herrn Oberführer und den Inflationsraub in Sicherheit zu bringen! Allein die Kommunisten führen einen konsequenten und nicht nachlassenden Kampf gegen die schmerzlichen Inflationstheorien für die Wiederherstellung der Rechte derer, die durch die Inflation um ihr Alles gebracht worden sind!

Der deutsch-polnische Zollkrieg und seine Folgen

Die Arbeiter müssen die Lasten tragen

E. G. Breslau, 29. Juni.

Die polnische Industrie ist seit der Teilung Oberschlesiens von einer Krise in die andere geraten. Sie litt in erster Linie unter der Unmöglichkeit ihre Produkte im Ausland abzusetzen und in zweiter Linie an der Unmöglichkeit im Ausland größere Kredite zu erhalten. Polen weist eine katastrophale passive Handelsbilanz auf. Im Staatshaushalt besteht ein riesiges Defizit. Der polnische Finanzminister Grabski wählte nicht wie er dies Defizit decken sollte und wandte sich um Kredite an Amerika. Amerika gewährte Kredite in der Höhe von 22 Millionen Dollar. Diese Summe ist ein Tropfen auf einen heißen Stein, die die polnische Wirtschaft nicht in Gang bringen konnte. Grabski hat ebenfalls die Einfuhrzölle erheblich erhöht und glaubt so die Industrie und die Landwirtschaft seines Landes zu retten. Doch mit der Erhöhung der Einfuhrzölle kam gleichzeitig eine riesige Teuerung im Lande ein. Industrie- und Agrarindustriellen gingen in gemeinsamer Front gegen ihre Arbeiter durch Entlassungen und Lohnkürzungen vor. Grabski hofft, daß aus der diesjährigen Ernte das Defizit des Staatshaushalts gedeckt werden wird, doch er rechnet nicht mit der Landarbeiterstreik, die sich gegen die verächtliche Ausbeutung wendet. Wir sehen heute in Polen kurz vor dem Landarbeiterstreik, der gerade jetzt, vor Beginn und in der Ernte organisiert, einen großen Druck auf Agrarkapital und Regierung ausüben kann.

Durch die Erhöhung der polnischen Einfuhrzölle ist natürlich nichts geändert, wenn es Polen nicht gelingt Absatzgebiete zu schaffen. Der Danziger Hafen kommt als Ausfahrtsafen für polnische Fertigfabrikate und Ernteprodukte fast kaum in Frage, da eine Verschiffung über Danzig viel zu teuer käme. Die polnischen Handelsverträge mit der Tschechoslowakei sind ebenfalls durch die hohen Einfuhrzölle des Herrn Grabski gefährdet. Die polnische Regierung sucht Anschluss an Italien und hat bereits mit der österreichischen Regierung über ein sogenanntes Bahnabkommen verhandelt. Aber bis ein solches Abkommen in Kraft treten kann, wird noch eine geraume Zeit vergehen. In dieser Zeit kann Italien schon genug Industrieprodukte anderer Länder aufgezogen haben.

Das Verhältnis von Polen zu Deutschland ist einmal dadurch charakterisiert, daß die bisherigen Wirtschaftsverträge infolge der verschiedenen Valuten dieser beiden Länder fast kaum Kautelen und zum zweiten, daß die polnische Industrie „Herr im eigenen Lande“ werden will und den deutschen Fortschritten, die sich gegen die Liquidierung der deutschen Güter in Polen während der Zeit des Handelsvertrages richten, nicht nachkommen will. Mit der Unterbrechung des Handelsvertrages legte eine deutschfeindliche Bewegung, besonders in Polnisch-Oberschlesien, ein, die, geführt von den Industriellen, bereits zur Ausweisung von Tausenden deutscher Arbeiter führte.

Die deutsche Ausfuhr nach Polen betrug im vorigen Jahre an Produkten der metallverarbeitenden Industrie 105,8 Millionen Mark, der Gesamtsumme mit Polen dagegen nur 192,5 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Produkten der Textilindustrie nach Polen betrug 60,6 Millionen Mark, die Einfuhr aus Polen dagegen nur 33,4 Millionen Mark. Demnach gingen 20 Prozent der deutschen Baumwollausfuhr nach Polen und sogar 50 Prozent Zollkrieg ausgedehnten und die polnische Regierung hat das Einfuhrverbot auf 70 Warenbezeichnungen erstreckt, die natürlich fast den ganzen Export Deutschlands nach Polen ausmachen. Die Auswirkungen dieses Zollkrieges zeigen sich bereits. In Polnisch-Oberschlesien werden 30 000 Arbeiter entlassen und 19 000 Arbeiter, die bei der Abkündigung sich für Deutschland entschieden, als „feindlicher Ausländer“ abgehoben um in „ihrem“ Deutschland als Erwerbslose zu vegetieren. Auf dem Gebiete werden nur noch drei Schichten wöchentlich beschäftigt. Zahlreiche Kündigungen sind bereits vorgenommen worden. Rund 60 000 Arbeiter Polnisch-Oberschlesiens liegen mittellos auf der Straße ohne Aussicht auf einen Pfennig Verdienst oder ausreichende Unterstützung für die nächste Zeit der Arbeitslosigkeit. Katastrophal herrscht bei diesem Zustand Katastrophensituation, denn nicht nur die Arbeiter aller Industriezweige Polnisch-Oberschlesiens haben unter der permanenten Wirtschaftskrise ihres Landes zu leiden, sondern auch der Mittelstand befindet sich in einer außerordentlich bedrohlichen Lage. Der „Oberschlesische Anier“ schreibt zum jetzigen Zollkrieg: „Trotzdem gilt es schon als höher, daß die Arbeiterklasse die großen Gefahren, die sich aus dem deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg ergeben, auf sich nehmen muß.“

Je Rechtsverhältnisse in die Lage der Arbeiter gleich katastrophal. Auch hier drohende Massenentlassungen. Auch hier Kündigungen, keine ausreichenden Löhne und Arbeitsbedingungen. Die deutsch-oberschlesische Industrie krankt jetzt nach wie vor am Arbeitsmangel. Dieses Daseinsdasein der westerschlesischen Industrie kommt natürlich der westerschlesischen Arbeiterklasse zugute, die sich jetzt in einer Schreckensperiode befindet. Aber bei der engen Verzahnung des westerschlesischen und westerschlesischen Industriekapitals, wird auch der westerschlesische Arbeiter bald einer neuen Krise Platz machen müssen.

Die Arbeiterklasse ist wieder der allein leidtragende Faktor bei den jetzigen großen Wirtschaftsumwälzungen. Daran-

erlaubt sich, daß die geschlossene Front der polnischen und deutschen Arbeiter gegen die profitgierigen Krisenmacher gebildet werden muß.

Der Rixhofsüberfall vor Gericht

Weutten, 28. Juni.

Wie wir Sonnabend in der „Oberschlesischen roten Fahne“ meldeten, hat das Gericht nach mehrstündiger Beratung Genossen Drzymalla zu 300 Mark Geldstrafe und Genossen Belle wegen Beleidigung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte befristet vom Monate und vier Monate Gefängnis.

Diese Urteile, so minimal sie gegen das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß auch sein mögen, sind dennoch ungeheuerlich. Denn in dem Prozeß ist die Anklage gegen unsere Genossen vollständig zusammengebrochen. Die Zeugenvernehmung hat ergeben — der Gerichtshof hat es ja auch selbst als wahr unterstellt —, daß die Teilnehmer der Beerdigung des Selbstmörders Schmidt von der Schupo ohne Veranlassung mißhandelt wurde. Weiter bestätigte ein Zeuge, daß der Rixhofsberger Farmer die Grabschändung, das Abreißen der roten Schleifen, gutgeheißen hatte. Als dann noch der Verteidiger, Rechtsanwalt Lichtenstein-Sindenburg die unbillbare staatsanwaltschaftliche Anklage in einem längeren Plädoyer so überaus glänzend und überzeugungs kräftig zerplückte, daß kein Faden vom „Material“ des Staatsanwalts mehr übrig blieb, sind die trotzdem gefällten Urteile Klassenurteile. In der deutschen demokratischen Republik werden aber Kommunisten stets verurteilt, Faschisten und Ministermörder aber freigesprochen.

Die Arbeiterportier für Vollamnestie

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni.

Am gestrigen Sonntag gefühlte sich das Arbeiterportier, welches aus Anlaß des Reichsarbeiterportiertages stattfand, zu einer nachvollständigen Kundgebung gegen den Zollwucher und für Vollamnestie. 35 000 Arbeiterportier waren zu dieser proletarischen Kundgebung erschienen. Die Arbeiterhochschüler spielten mit Figuren, die die jetzigen Klassenkämpfe trefflich symbolisierten. Im Demonstrationzug, der sich durch die Bourgeois-Biertel des Westens wälzte, wurden neben Kreisläufern nur rote Fahnen mitgeführt, trotzdem sich der „Vorwärts“ sehr darüber aufgeregt hat, daß man keine schwarzrot-goldenen Fahnen mitführen wollte.

Der Reichstag beschlußunfähig

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni.

In der Sonnabendung des Reichstags wurde mit der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums begonnen. Nachdem vier Redner bei fast leerem Hause dazu geschwiegen hatten, bezweifelten Gen. Hülse in gegen 3 Uhr die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die von den Rechten daraufhin geforderte namentliche Abstimmung ergab, daß nur 207 Abgeordnete anwesend waren, das Haus also beschlußunfähig war. Die Wut auf der Rechten war unbegreiflich.

Der Reichstag verlagte sich dann mit derselben Tagesordnung auf Sonntag, den 2. Juli, 2. Uhr nachmittags.

Fortgang des Zollkampfes im Reichstagsauschuß

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni.

In der Sonnabendung des Zollkommissionen des Reichstags am Sonntag traten zunächst Genosse Hoerster einen Antrag der Kommunistischen Fraktion ein. Der Antrag legt ganz genau die einzelnen Fragen fest, die der Sachverständigenkommission zur Prüfung der Zollfrage vorgelegt werden sollen. Im Anschluß daran gab der Reichstagsauschuß ein Referat, zum größten Teil vernehmlich, die von der Kommunistischen Fraktion gewünschten Aufklärungen über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen.

Genosse Rosenbergs stellte im Anschluß daran fest, daß die Auskünfte des Ministers absolut unzulänglich waren. Es hielt dann Hülse eine ausführliche Rede über die Zollfrage, wobei er wieder die Regierbarkeit durchdringen ließ, daß die SPD wichtige Industriepunkte ausmachen würde. Dienstag nachmittag geht die Generaldebatte weiter.

Wirtschaftskämpfe im Reich

Berlin, 29. Juni.

Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes hat die übergründliche Mehrheit der beteiligten Verhandlungen in der Holzarbeiterbewegung zu einem Abbruch geführt. Das Ergebnis wird als ein „durchaus befriedigendes“ bezeichnet, die Arbeit soll heute wieder aufgenommen werden.

Berlin, 29. Juni.

Die Bismarckufer der Elbe, der Oder und der märkischen Wasserstraßen stehen in einer Unruhe, Verhandlungen, die zwischen den Organisationen geschlossen werden, sind gegeben.

Vom Tage

In Rixhofsberg sind wieder Entlassungen erfolgt. Auf der Höhe Rixhofs bei Hamburg sind zum 15. Juli 500 Arbeiter entlassen worden, 500 hat man sofort entlassen. Als Grund wird verschärfter Arbeitsmangel angegeben.

In Justizkommission der kommunistischen Fraktion wurde nach Waffen geschickt. Natürlich vergebens.

Oberstleutnant Jordan, der Verantwortliche für das Reichswehrministerium auf der Weiser bei Berlin ist, nach mehrstündiger Verhandlung frei gesprochen worden.

Abd el Raza hat seinen Angriff gegen die französische Front in Marokko, unterstützt durch 5000 neue Aufständische, verschärft worden.

schleiert. Die Unternehmer lehnten jede Lohnverhöhung ab. Es scheint mit dem Ausbruch eines Kampfes zu rechnen sein.

Kemnitz, 29. Juni.

Die Arbeiter der Ziegelindustrie des bergischen Landes traten in den Ausstand da ihnen eine von ihnen geforderte Lohnverhöhung um 30 Prozent nicht bewilligt wurde. Die Facharbeiter der Ziegelindustrie erhielten bisher einen Spitzenlohn von 70 Pfennig.

Deutschnationale Manöver um den Sicherheitspakt

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juni.

Die „Deutsche Zeitung“ (Alldeutscher Verband) berichtet von einer Sitzung der deutschnationalen Verbände der Landesverbände Hamburg, Hannover-Ost, Ostschlesien, Oldenburg, Ostfriesland und Bremen, welche in einer einstimmigen Entscheidung die Außenpolitik der Außenregierung beurteilte und den Rücktritt Stresemanns forderte. Die Entscheidung liegt ein Differenz zwischen Stresemann und den deutschnationalen Reichsministern in den außenpolitischen Fragen zusammen. Die Reichsregierung erlaubt keine selbst die deutschnationalen Machenschaften. Sie verbreitet eine amtliche Verwahrung gegen die Äußerungen der Jugendpresse, die behauptet hatte, die Reichsregierung rechne innerlich auf keinen Erfolg des Sicherheitspaktes und bestrebe nur herauszuarbeiten, woran er scheitern müsse. Die Reichsregierung sagt dazu, das stehe in vollem Gegensatz zu der Auffassung des gesamten Reichskabinetts. Es ist damit dokumentiert, daß die deutschnationalen Kräfte genau so an der Verschärfung der deutschen Arbeiterfrage an das Ententeabkommen arbeiten, wie die Schlotbarone unter Stresemann.

Berlin, 29. Juni.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ macht auf einen Kabinettsbeschluss über den Garantiepakt aufmerksam, in dem erklärt wird, daß nicht die Regierung, sondern lediglich das zuständige Amt — Herr Stresemann — dafür verantwortlich ist. Die Deutschnationalen fordern von der Regierung, daß sie Herrn Stresemann ausschließt.

Der Versuch der Deutschnationalen, Herrn Stresemann für die Außenpolitik allein verantwortlich zu machen, ist nicht nur demgegenüber stehen aber Erklärungen des Reichsfinanzministers Luthers, daß auch die deutschnationalen Kabinettsmitglieder den Garantiepakt kannten und mit ihm einverstanden waren. Hervorragende Deutschnationale aus den Landverbänden rufen von diesen Erklärungen ihres rechten Flügels ab, da sie fürchten, keine Protzölle zu erhalten, wenn sie es mit der Schwereindustrie verderben.

Fortsetzung der englischen Hebe gegen Sowjetrußland

(Eigener Drahtbericht.)

London, 29. Juni.

Die vom „Daily Telegraph“ eingeleitete Hebekampagne gegen Sowjetrußland wird verschärft weitergeführt. So schreibt dieses Blatt jetzt, daß die Anwesenheit des diplomatischen Vertreters der Sowjetregierung in England einen Skandal und eine gefährliche Drohung für Gesetz und Ordnung bedeute. Man müsse eine sofortige Aktion der Regierung fordern.

Daß hinter diesen unerhörten Angriffen direkt die konservative Regierung steht, wird dadurch noch augenfälliger, daß die offizielle „Times“ die Hebe aufnimmt und in einem Leitartikel sagt, man müsse sich vor Augen halten, daß die Fortsetzung des britischen Handels und die Verdrängung britischer Untertanen aus dem fernen Osten das Wert einer Regierung sei, mit der England „noch immer“ in amtlichen diplomatischen Beziehungen stehe.

Generationelle Enthüllungen im Moskauer D-G-Prozeß

(Eigener Bericht.)

Moskau, 28. Juni.

Die drei Angeklagten Rindermann, Sittmar und Wolsch haben in der Voruntersuchung folgende Geständnisse abgelegt:

1. Rindermann gibt zu, von der Berliner Organisation der D.G. den Auftrag erhalten zu haben, Annette durchzuführen, daß aber die Ausführung der Annette Sittmar und Wolsch übertragen worden sei, während er die Verbindung zu organisieren hätte.

2. Sittmar gestand seine Schuld in sämtlich gegen ihn erhobenen Anklagen ein und bestritt die in der Anklageschrift erhobenen Anklagen.

3. Wolsch leugnete jede Schuld. Was die Absicht betrifft, mit Hilfe des Dittes mehrere kommunistische Führer, insbesondere den Genossen Stalin, zu beseitigen, sagte Wolsch ausdrücklich aus, er habe dies, falls er es überhaupt gewußt, nur im Scherz (!) getan.

Zu Mithelpunkt des zweiten Verhandlungstages standen die Anklagen des Angeklagten Sittmar. Bis zu seiner Abreise nach Rußland war dieser Angeklagte Mitglied der falschlichen Kampforganisation Sozial. Seine Haupttätigkeit bestand in der brennendsten Zersetzung und Beseitigung der revolutionären Arbeiterbewegung. Während seiner Münchener Tätigkeit hatte er den Kapitänleutnant Ehrhardt persönlich kennengelernt. Sittmar machte folgende sensationelle Aussagen über seine erste Bekanntschaft mit Rindermann, den er als den geistigen Führer der Gruppe bezeichnet.

Der Angeklagte tritt anerkennend auf und muß des öfteren dem Gericht zur Ordnung gerufen werden. Als nächster wurde Herr Herrlich Bezg, genannt Baumann, vernommen, der nach seinen eigenen Angaben im Auftrag der D.G. als Genosse nach Rußland gekommen ist. Bezg ist ein typischer Propagandist der im Ruhrgebiet sein Tätigkeitsfeld aufgeschlagen hatte. Auch ist dieser Bezg ein Attentatsplaner auf Genosse Sittmar beteiligt. Im Herbst 1923 erhielt er von der D.G. den Auftrag, in die SPD einzutreten. Er trat als Kolonnenarbeiter ein und wurde Vorsitzender des Betriebsrates der Holzhandwerkerkolonne im Bezirk Aachen-Heilen. Später ging Baumann nach Berlin, wo ihn die Zentrale der SPD aus Berlin Parteireisen entfernte. Bei allen seinen Reisen blieb dieser Bezg in ständiger Verbindung mit dem Reichsminister Schmidt.

Die Widersprüche des Dawespatts

Tagung der „Internationalen Handelskammer“

In Brüssel hat die „Internationale Handelskammer“ getagt. Da haben der amerikanische Wirtschaftler Sir Josiah Stamp und der Reparationsagent Barter Gilbert Reder über die Verwirklichung des Dawespattes gehalten.

Die Sache steht jetzt so, daß die imperialistischen Banditen seit dem 1. September ungefähr 620 Millionen Mark Tribute aus Deutschland herausgepumpt haben. Diese Tribute bedecken sich im wesentlichen mit der Dawesanleihe, die Deutschland für das erste Reparationsjahr eine Atempause verschaffen soll. Jetzt, mit dem zweiten Reparationsjahr kommen zu den Zinsen dieser Dawesanleihe die steigenden Tribute aus der Reichsbahn und die ersten Haushaltsleistungen, wonach bis 1929 mindestens 2,5 Milliarden Goldmark Reparationen geleistet werden müssen, wenn nicht durch die von Schlieffen und Ranitz geplanten Zoll- und Steuererhöhungen, der „Wohlstandsindex“ sich erhöht und damit auch die Tributleistungen gesteigert werden.

Damit beginnt die Frage des Transfers, der Uebermittlung der deutschen Leistungen an die imperialistischen Kolonialherren Deutschlands aktuell zu werden. Es fragt sich, wie Deutschland diese Leistungen bewirken kann, ohne daß seine oder die Währung seiner Gläubiger und deren Wirtschaftslage gefährdet werden.

Stamp hat nach dieser Richtung hin erhebliche Zweifel geäußert. Er hat darauf hingewiesen, daß auf einem durch Schutzzölle abgegrenzten Weltmarkt Deutschland nie so viel Waren absetzen könne als es notwendig sei, um seine Leistungen zu bewirken.

Barter Gilbert hat zur Verteidigung des Dawespatts im Grunde die Kritik Stamps bestätigt. Er hat erklärt, daß Deutschland nur durch Exportüberschüsse ohne Währungsrestriktionen tributpflichtig bleiben könne. Hier ist schon die erste Schwierigkeit, denn die ersten neun Monate der Daweskolonialisierung schließen statt mit einem Ueberschuß der deutschen Handelsbilanz mit einem Fehlbetrag von über 3 Milliarden Mark ab, das sind über 300 Millionen Mark Fehlbetrag mehr als im ganzen Jahr 1924.

Weiter meint, Barter Gilbert, die Sachleistungen seien ausbaufähig. Aber schon rebellieren französische Industrielle gegen die Konkurrenz, die ihnen die deutschen Sachleistungen bieten. Und auch das Zweimillionenheer der Arbeitslosen in England beweist, daß die Ausbaufähigkeit der Sachleistungen nur die Krise in England verschärfen muß, ohne daß sie zur Sanierung der deutschen Wirtschaft führt.

Drittens meint Barter Gilbert:

„Es sei wohl möglich, erweiterte Absatzmärkte für die deutschen Waren zu finden.“

Wo er sie finden will, verrät er leider nicht. Denn die Erde ist unter die imperialistischen Mächte geteilt; gerade der Dawespatt und jetzt der Sicherheitspatt sollen diese Teilung „passivistisch“ sanktionieren. Dazu kommt die Krise in vielen kapitalistischen Ländern: die Währungserschütterungen in Frankreich, Italien, die Abzugsforderungen in England und der Produktionsrückgang in den Vereinigten Staaten. Wo da Deutschland für seinen Exportüberschuß von mindestens 2,5 Milliarden Mark allein für die Reparationen bleiben soll, bleibt wirklich das Geheimnis Barter Gilberts.

Diese Schwierigkeit wird noch verschärft durch Pläne, die der amerikanische Bankier Henry Robinson auf einer Tagung des Verbandes des Außenhandels entwickelt hat. Robinson fürchtet bereits, die auf Grund der amerikanischen Kredite sich entwickelnde ernsthafte Konkurrenz zwischen deutschen Erzeugnissen und amerikanischen Waren. Er läßt deshalb die amerikanischen Geschäftsleute ein „In Gruppen sich zusammenzuschließen zu dem Zwecke Informationsmaterial zu sammeln und dieses zum allgemeinen Vorteil des amerikanischen Geschäftslebens zu verwerten.“

Ein solches Büro ist bereits in Wien eingerichtet. Das bedeutet mit klaren Worten, daß die amerikanischen Großkapitalisten sich bereits auf neue Abwehrmaßnahmen, die noch über ihren Hoheitsgebiet hinausgehen, gegen die deutschen Weltmarktgeflüste vorbereiten.

Je mehr der Dawespatt, der durch ein Kompromiß zwischen den widersprechenden imperialistischen Interessen der Weltmächte

ste ökonomische „Befriedung“ der Welt bringen sollte, um so mehr trägt er dazu bei, diese Widersprüche auszuheilen und zu verschärfen. Durch die Krise im Dawespatt, durch die Klammenszeichen des Kohlenausfalls und der Rebellion der chinesischen Kulis ist heute die Lage des internationalen Imperialismus gekennzeichnet.

Warum

glaubt die Reichsregierung den Annestrieb durchzuführen zu können? Diese Frage

haben sich die Kollegen Deines Betriebes

zu stellen und zu beantworten. Alle Arbeiter müssen die Tollkammer fordern. Auf den Unterschriftenlisten der „Roten Hilfe“ sind aber

noch nicht

die Namen der Arbeiter und Arbeiterinnen Deines Betriebes bezeichnet. Soll der Annestrieb verhindert werden, dann

auf den Unterschriftenlisten für die Annestriebe

Millionen von Unterschriften aus allen Betrieben eingetragen werden!

Generalangriff auf die englischen Arbeiter

In England stehen Arbeitskämpfe von vielleicht noch nie dagewesenen Dimensionen und ungeheurer politischer Bedeutung bevor. Das Unternehmertum hat auf der ganzen Linie den Angriff auf Lohn und Arbeitszeit eröffnet. Die Vorbereitung dieses Generalangriffes wurde in großen und Versammlungen seit Monaten systematisch bearbeitet. Mit Berufung auf die Wirtschaftskrise, die ständige Wirtschaftskrise und die deutsche Schutzklausur wollen die Unternehmer die Arbeiterschaft zur Annahme von Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung überreden.

Das Argument der deutschen Schleuderkonturrenz spielt dabei eine ganz besondere Rolle, wobei die englischen Unternehmer nicht verfehlen, auf den guten und vernünftigen deutschen Arbeiter hinzuweisen, der längst eingesehen hat, daß niedrigere Löhne und lange Arbeitszeit notwendig seien. Die englischen Gewerkschaftsführer weisen ganz richtig auf den Zusammenhang dieser Unternehmeroffensive mit dem Dawes-Plan hin. Die Dawes-Sanierung brachte in Deutschland, dank der „Taktik“ der deutschen Gewerkschaften, die miserablen Arbeitsverhältnisse, und diese werden jetzt vom internationalen, vor allem vom englischen Kapital, zur Grundlage der Offensive genommen. Die englischen Gewerkschaften mahnten die deutschen Gewerkschaftler des öfteren, ihren Pflichten nachzukommen und den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland aufzunehmen. Bis heute ohne Erfolg. Mit Bezug auf die Argumentation der englischen Kapitalisten führten englische Gewerkschaften nicht ohne Grund aus, daß es doch eigenartig wäre, daß die „besten“ Deutschen den „streichenden“ Engländern ihre Arbeitsbedingungen diktieren, und daß diejenigen englischen Unternehmer, die während des Krieges nicht genug über die Minderwertigkeit des „deutschen Menschen“ und die Borzüge der „Engländer“ schwärmen konnten, um die Kriegsbegeisterung zu schüren, heute kluglich anfangen, den deutschen Arbeiter als Muster für den englischen hinstellen.

Mit dieser humoristischen Beweisführung ist freilich der Kampf noch nicht ausgefochten. Die englischen Gewerkschaften bereiten ernste Kampfmaßnahmen vor. Zu ihnen gehören wohl vor allem die seit langen Monaten vorbereiteten Konferenzen der ausschlaggebenden Gewerkschaften über eine gemeinsame Kampffront, die Herstellung des sogenannten „Arbeiterviererbundes“. Im Vergleich zur Kapitaloffensive schreiten diese Verhandlungen allerdings — dank der bewußten Sabotage rechter Gewerkschaftler — nur sehr langsam fort. Sie sind über die ersten Verhandlungsabschlüsse noch immer nicht hinausgekommen, obwohl die Unternehmeroffensive immer näher rückt.

Am Schwersten sind die Bergarbeiter von dieser Offensive bedrängt. Der Kollektivvertrag läuft Anfang Juli ab; die Unternehmer wünschen eine bedeutende Verschlechterung der bestehenden Bedingungen und legen den Anschlag

eines empfindlichen Dammes vor, der das ganze Land überflutet. Ihre Hauptforderungen sind Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung. Sie berufen sich dabei auf die große Krise, die die Kohlenindustrie durchlebt. Diese Krise ist tatsächlich da, kann aber am allerwenigsten mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen behoben werden. Der Rasche nach werden Bergwerke geschlossen, die Kumpels massenweise arbeitslos gemacht. Die Führung des Bergarbeiterverbandes ist mit Spott an der Spitze in Händen mehr oder minder radikaler Gewerkschaftler; ihre Taktik hat sich aber bisher als durchaus abgemessen und ausweichend erwiesen. Große Teile der radikalen Bergarbeiterschaft sind mit dieser Taktik des Ausweichens durchaus unzufrieden. Die nächsten Tage werden es zeigen, ob die Rettung des Verbandes den Kampf einseitlich aufnehmen läßt oder aber die Bergarbeiterfront wieder durch Einzelkämpfe zersplittert.

Nicht nur bei den Bergarbeitern, sondern in jeder Arbeiterkategorie spielt die steigende Massenarbeitslosigkeit eine große Rolle. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen kann schwer festgestellt werden. Die offiziellen Nachrichten über das Anwachsen der Millionenarmee der Arbeitslosen um 100 000 in den letzten zwei Wochen hat aber überall alarmierend gewirkt. Die Gewerkschaften haben im Interesse der Arbeitslosen eine großartige Massenaktion eingeleitet. Den Auftakt dieser Aktion bildeten Massendemonstrationen am vorigen Sonntag in ganz England, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen in geschlossener Schichtfront für die Forderungen der Arbeitslosen demonstrierten. Die Gewerkschaften haben der Regierung Forderungen vorgelegt, unter denen die Maßnahmen des Dawes-Vertrages zu Gunsten Englands zur Behebung der englischen Industrie eine ganz besonders wichtige Rolle spielt.

Neben den Bergarbeitern sind auch alle anderen wichtigen Arbeiterkategorien von der Unternehmeroffensive direkt bedroht. Soeben kommt die Nachricht, daß die Eisenbahngesellschaften, mit Berufung auf einen angeblichen streikähnlichen Zustand, der sie mit dem Ritt bedroht, an alle Eisenbahnerkategorien das Ansuchen gestellt haben, einer Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen. Ebenso stehen Schiffbau- und Maschinenbau vor entscheidenden Verhandlungen.

Die Unternehmeroffensive ist international. Den deutschen Kapitalisten sind die elenden deutschen Lohnverhältnisse, die den englischen Kapitalisten zu ihrem Vorhoff ermuntern, noch nicht elend genug. Erfolgreiche Abwehr gegen diese Machtgeflüste der Unternehmer in Deutschland und England kann nur erfolgen, wenn die internationale Gewerkschaftsfront zur Tat wird. Arbeiter, kämpft dafür!

Aus der Partei

Berlin-Brandenburg. Auf dem Bezirksparteitag am 6. und 7. Juni waren 175 Delegierte der Berliner Bezirke, 56 Reichsdelegierte und 46 Provinzdelegierte anwesend. Gegen 25 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen wurde eine Resolution angenommen, die sich für einige und geschlossene Durchführung der vom 31. beschlossenen Linie und unverzüglichen Kampf sowohl gegen den Brandlerismus als auch gegen unsozialistische ultralinke Abweichungen einzelner Genossen ausspricht.

Westphalen. Der Bezirksparteitag am 14. und 15. Juni stellte sich mit 63 gegen 30 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen auf den Boden der 31. Beschlüsse.

Preußen. Eine Bezirksleitungssitzung am 15. Juni beschloß, dem auf den 22. Juni anberaumten Bezirksparteitag als politische Resolution diejenige des Bezirks Berlin-Brandenburg vorzulegen.

Nordwest. Der Bezirksparteitag am 7. Juni nahm gegen 7 Stimmen eine Resolution an, die sich voll und ganz auf den Boden des 31. stellt.

Altenrhein. Die dem Bezirksparteitag am 14. Juni vorgelegene Resolution, welche die Beschlüsse des 31. BStG wurde einstimmig angenommen.

Mecklenburg. Eine Bezirksleitungssitzung am 14. Juni nahm mit 14 gegen 1 Stimme eine Resolution ähnlich der des Berliner Bezirksparteitages an. Die Diskussion stand auf hohem Niveau.

Sachsen-Magdeburg. Der Bezirksparteitag fand am 14. Juni statt. Anwesend waren 48 Delegierte. Eine Resolution, die sich hinter den 31. stellt und der Zentrale das Vertrauen ausspricht, wurde mit Mehrheit angenommen.

Württemberg. Eine Unterbezirkskonferenz Stuttgart am 14. Juni nahm mit 47 gegen 11 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen eine Resolution an, die sich voll und ganz hinter den 31. und die Zentrale stellt.

Ein Oberbismarckmännchen

Der Roman einer Illusion.
Von Otto Walter Glöck.

„Uebervollig“ von dem prunkvollen Loden und dem einen Benehmen der beiden Fräuleins von Diepow und in der Hoffnung, dieses Salär bald steigern zu können, nahm sie die Stellung an. Auf dem Nachhausewege kam ihr allerdings schon zum Bewußtsein, daß sie wahrscheinlich einen Fehler gemacht habe. Aber nun konnte es nichts mehr helfen, nachdem sie ihre Papiere abgegeben hatte. Zu Hause gab es dann eine ange und teils heftige Debatte, weil ihr Vater die Meinung vertrat, man hätte eine bessere Stellung finden können, wenn ihr Weiber nicht so vorzeitig wäre“, wie Emil sich ausdrückte.

Beim Antritt der Stellung fürte Rosa zunächst, daß ihre direkte Vorgesetzte nicht eine der Fräuleins von Diepow selbst, sondern die Direktrice, merkwürdigerweise auch eine Adlige, in Fräulein von Baer, sei. Die „Damen von Diepow“, wie Fräulein von Baer zu sagen pflegte, hielten sich meist im Loden oder in ihrer nebenan gelegenen Wohnung auf und erschienen nur selten in den Arbeitsräumen des Ateliers. Dazu hatten sie auch keinerlei Anlaß, denn sie konnten sich auf Fräulein von Baer absolut verlassen. Schon am ersten Tage erfuhr Rosa von einer Kollegin, daß die „Chefdamen“ nicht so streng seien wie die Direktrice, die seit elf Jahren daran war, sich einen guten Namen als zuverlässige Vorgesetzte zu machen.

Die Nacht die diese Dame im Atelier bejaß, wurde auch Rosa bald fühlbar. Sie behielt beständig alle elf Schneiderinnen und vier Lehrlinginnen scharf im Auge, so daß sie sich nicht einen Augenblick unüberwacht fühlten. Selbst wenn die Direktrice eine Anprobe hatte und sich mit der Kundin nach dem Nebenzimmer begeben mußte, kam sie oft zurück, um ja nicht an unbesonnenes Gespräch zwischen den Nähenden auskommen zu lassen. Jede Minute, in der eine der hier Sitzenden nicht beschäftigt arbeitete, erlitten ihr als ein vollendetes Verbrechen Eigentum der Damen von Diepow.

Das erstmal fühlte sie persönlich die Macht Fräulein von Baers, als Rosa am Feierabend nach pünktlich ihr Arbeitsplatz zurück kam, um pünktlich nach Hause gehen zu wollen. Da sah sie sich plötzlich allein bei dem Wagemut und von einem drohenden Blick ihrer Vorgesetzten getroffen. Es war hier nämlich Sitte, mindestens zehn Minuten über die Zeit hinaus zu ar-

beiten. Auf diese Weise wurden im Monat noch annähernd fünf Stunden länger gearbeitet. Einige Tage später passierte es ihr, daß sie im Orange der Geschäfte bei der Anrede das Wörtchen „non“ nicht deutlich genug aussprach und zur Strafe folgende Lektion bekam: „Ich liebe es nicht, Fräulein Baer genannt zu werden. Ich heiße Fräulein von Baer! Hier müssen Sie sich schon bemühen, ordentlich zu sprechen, auch wenn Sie nur die Volksschule besucht und zu Hause keine gute Erziehung gehabt haben. Dieses schlechte Sprechen beleidigt mein Sprachgefühl. Merken Sie sich das, Fräulein Berger!“

Sie gestattete nicht, daß ihre Untergebenen beinahe zwei Silben ihres Namens, die ihr vor Gott und aller Welt richtig zustanden, verschluckt wurden.

Rosa schämte sich über diese Zurechtweisung vor allen Kolleginnen so impulsiv, daß sie rot im Gesicht wurde und am liebsten davon gelaufen wäre. Aber ihre Kolleginnen trösteten sie am Abend, als sie nach Hause gingen, damit, daß es ihnen allen so oder ähnlich ergangen sei. Als Rosa etwa eine Woche später einmal ein Stück Arbeit abfertigte, gab es eine neue Lektion dieser Art. Fräulein von Baer sagte so laut, daß es alle hören sollten: „Fräulein Berger, Sie müssen sich bemühen, peinlicher zu arbeiten. Wo Sie früher gewesen sind, da ging das, da haben Sie für gewöhnliche Frauen gearbeitet, aber unser Atelier arbeitet nur für Damen, sogar Damen aus dem Adel. Wenn Sie von uns kommen, erhalten Sie im besten Atelier Stellung, falls wir Sie nicht fortzuschicken müssen. Merken Sie sich das!“ Wieder fürchte sich Rosas Gesicht und sie hätte meinen mögen über die ihr zugefügte Beleidigung, die sie schon darin fand, daß man sie überhaupt so laut und vor allen Leuten behandelte. Gewiß war sie auch von Fräulein Meißel gelabelt worden, aber in so lächerlicher Weise hatte sie es nicht getan. Diese Behandlung hier aber machte die zehn Stunden Arbeit vollends zur Qual, so daß Rosa bald einhals, einen Antrag in der Wahl dieser Arbeitsstelle getan zu haben. Sie tröstete sich wiederum damit, daß liberal etwas anderes und daß es überhaupt ein Elend sei, wenn man in Stellung gehen müsse.

Beilagte sie sich aber zu Hause, so sagten ihre Eltern in Uebereinstimmung, daß sie mindestens ein Jahr aushalten müsse, weil es einen solchen Eindruck mache, wenn man die Stellen so oft wechselt. Und so blieb ihr zunächst nichts anderes übrig, als auszuhalten und täglich zehn Stunden beschäftigt zu ironen.

Nach zwei Monaten erhielt sie die erste „Erhöhung“ ihres Salärs. Sie war so gering, daß Rosa das Geld am liebsten den „Damen von Diepow“ vor die Füße geworfen hätte.

Das tat sie freilich nicht, dafür aber beschloß Rosa, gleich am nächsten Erten wieder um eine Gehaltserhöhung anzugehen, wenn nicht von selbst eine weitere Erhöhung komme. Der Monatslohn kam heran und der Gehalt blieb derselbe. Da fand Rosa den Mut, die Damen sofort um eine Erhöhung zu bitten. Doch entgegenete ihr Elstriede von Diepow herablassend, freundlich: „Diesen Monat noch nicht, liebe Kleine, wir haben, Dir ja erst am vorigen Monat das Salär erhöht, obgleich wir das sonst erst nach dem dritten Monat der Einstellung tun.“ Rosa empfand es jetzt auch noch als beleidigend, daß man sie in diesem Zusammenhange buzte; in größtem Aerger ging sie an diesem Abend nach Hause.

Eines Nachmittags kuckten plötzlich die im Atelier über die Arbeit Gebeugten, weil sie eine schnurrende Stimme rufen hörten: „Mama, wie lange willst Du Deinen Kommerzienrat junior noch warten lassen?“ Und wie ein Befehl lang es dann noch nach: „Du weißt doch, daß ich spielen gehen will und erwartet werde.“ Im gleichen Augenblick wurde schon die nach dem Loden führende angelehnte Tür durch einen Fuß heftig aufgestoßen und vor den verblüfften Schneiderinnen erschien ein junger Herr im Tennisanzug und mit dem Monatel im rechten Auge. Er war von dem Anblick, den die fünfzehn weiblichen Anwesenden boten, keineswegs außer Fassung gebracht, denn sofort blieb er vor der Türe stehen, riß die Loden zusammen und grüßte militärisch. Dann fragte er in einem Ton, der er es auf ihn nur die schnellste und genaueste Antwort: „Gefallen, war nicht soeben Frau Kommerzienrat Dr. Glöck hier?“ Sofort sprang Fräulein Dieke auf und erklärte in Vertretung des Fräulein von Baer, aber in einem Ton, den gewöhnlich ein Kind wählt, das sich seiner Schuld bewußt ist, wenn es gefragt wird: „Frau Kommerzienrat befinden sich gerade bei der Anprobe bei Fräulein von Baer. Wollen der gnädige Herr nicht einen Augenblick Platz nehmen?“ Dabei zeigte sie in erschütterter Ergebenheit auf einen Klubstiel, der in einer Ecke des Zimmers stand, wo er einen großen Spiegel im Hintergrund hatte. „Danke!“ schnurrte Elstriede junior und pflanzte sich in den tiefen Leherstuhl.

Bon hier aus musterte er die Nähenden lässig, während diese nur verflohen zu ihm hinzusehen wagten. Er sah bei Reihe nach alle durch, bis er an Rosa kam, die am weitesten von ihm entfernt stand. Sie war augenblicklich schon ein wenig erregt, wie es ihr immer erging, wenn sie sich plötzlich in Gesellschaft von „vornehmen, jungen Herren“ befand.

(Fortsetzung folgt)

Gewerkschaft

Die Hirschberger Bauarbeiter für Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen und Gewerkschaftliche Einheit

Am Dienstag, den 23. Juni fand die Mitgliederversammlung der Hirschberger Zählstelle statt. Der Besuch war mäßig, es wird in dieser Beziehung Pflicht jedes Einzelnen sein müssen, seine Arbeitsstellen auf die Wichtigkeit des Besuches der Versammlungen aufmerksam zu machen.

Der Fortschritte gab den Bericht über den Stand der Verhandlungen. Unter mehr als berechtigten Forderungen einer Zulage von 20 Pfg. pro Stunde, mindestens aber einen Ausgleich mit den Löhnen von Waidenburg wurden ebenso wie die Frage der Ferien und Sonderzulagen für Erleger, Kalführer und Puffer von den Vertretern der Arbeitgeber glatt abgelehnt unter dem Hinweis, daß eine derartige Zulage gar nicht in Frage käme. Nun, wir sind ja nicht so naiv, um auf derartige Zusätze zu reagieren. Die Krone der Forderungen ist die Rückübernahme der Arbeitsstellen für das Zielbauwerk den Verhandlungen dadurch aufzuheben zu müssen, daß man uns einen Lohnabbau von 10 Prozent anempfiehlt. Kollegen, während die Holzarbeiter und Köpfer noch im erbitterten Kampfe um Verbesserung ihrer Löhne stehen, sagt man uns einen Lohnabbau anzubieten. Dieses möchte jeden Bauarbeiter aufreizend um sich darüber klar zu werden, mit welcher Brutalität diese Unternehmerlippe an die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen herangeht, um ihren Profit gesichert zu wissen. Da in diesem Verhandlungsstadium keine Einigung erzielt wurde, sollte der Schlichtungsausschuß einen Schlichtungsbericht von 10 Prozent Zulage ab 18. Juni. Von der Unzulänglichkeit dieser Zulage (falls sie angenommen werden sollte) im allgemeinen ganz abgesehen, bedeutet sie für die Bauhilfsarbeiter im besonderen geradezu einen Schlag ins Gesicht. Die an und für sich schon sehr große Spanne zwischen gelernten und ungelernten Bauarbeitern wird durch diese prozentualen Zulagen immer größer und wächst sich zum Nutzen der Unternehmer für die weiteren Lohnbewegungen der Bauarbeiter zu einer großen Gefahr aus. Dieses zu unterbinden muß das Augenmerk eines jeden Kollegen sein.

Als nächster Punkt wurde die Wahl der Delegierten zum Kreisverband behandelt. Von Seiten des Vorstandes wurden uns die Kandidaten der Bezirksleitung, die Reformisten Rösler, Böllig und Hoyer empfohlen. Da ein Massenbewegter Bauarbeiter die Vertretung seiner Lebensinteressen nicht in derartigen Reformisten sucht, dürfte wohl nicht erst erörtert werden. Deshalb wählt Delegierte, die noch mit euch in direkter Fühlung, das heißt im Arbeitsprozeß stehen, denn jene Kollegen mit ihrer der Arbeiterschaft zum Verschmähen werden. Gewerkschaftsarbeit müssen lange nicht mehr die Belange ihrer Mitglieder zu vertreten. Die Beratsamung nahm dann, vom Kollegen Scholz eingehend begründet, folgende Anträge zum Gewerkschaftsprog ohne Widerspruch an:

Antrag 1.

Die Zählstelle Hirschberg des Baugewerksbundes stellt an den Gewerkschaftsprog folgenden Antrag: Der Gewerkschaftsprog wolle die Frage der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen unter Einbeziehung in ihre alten Rechte eingehend behandeln und insbesondere den Zählstellen bzw. Kreisvereinen eine Rechnung tragen, die bereits durch diesbezügliche Anträge die sofortige Wiederaufnahme in die alten Rechte mehrmals verlangten.

Antrag 2.

Die Zählstelle Hirschberg des Baugewerksbundes stellt den Antrag an den Gewerkschaftsprog, der Gewerkschaftsprog wolle sich endlich mit der Frage des Jahrsfests beschäftigen und alles dafür einlegen, daß der Jahrsfestabend als gewerkschaftliche Arbeitssitzung anerkannt wird, desgleichen dafür einzutreten, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag bestimmt wird.

Antrag 3.

Die Zählstelle Hirschberg des Baugewerksbundes stellt folgenden Antrag an den Gewerkschaftsprog: Da sich die Ausrichtungen des Jahresfestes, unter denen die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat, immer mehr bemerkbar machen,

Offener Brief an die Luzerner Sport-Internationale

Moskau, Juni 1925.

An das Büro des Internationalen Verbandes für Arbeitersport- und Körperpflege.

Fleron (Belgien).

Werte Genossen!

Der Tag, an welchem die 1. Arbeiter-Olympiade ihren Anfang nehmen wird, rückt immer näher. Wir können deshalb nicht umhin, Ihnen unser Bedauern auszusprechen, daß auf dieser 1. Arbeiter-Olympiade nicht alle Arbeiter-Sport- und Sportverbände geschlossen aufmarschieren, denn es fehlt die Schweiz und die Sektionen der RSK, Norwegen, Frankreich, Tschechoslowakei.

Den fortgesetzten Bemühungen der Roten Sport-Internationale, deren Sektion wir sind, ist es leider nicht gelungen, Sie von der Notwendigkeit eines geschlossenen Auftretens auf dieser 1. Arbeiter-Olympiade zu überzeugen. Es hat auch in Ihren eigenen Reihen viele Stimmen gegeben, welche denselben Wunsch äußerten.

Wir erinnern an dieser Stelle an die hervorragenden Bemühungen, welche der sinnliche Arbeitersport-Verband unternommen hat und ähnliche Bemühungen Ihrer Sektion in Estland, Litauen, Schweden, Italien sowie bedeutende Teile Ihrer Mitgliedschaften in Ihren anderen Sektionen.

Wir erinnern daran, daß bei unseren Zusammenkünften im Ausland auch Ihre Sektionen in Deutschland, Tschechoslowakei und Finnland mit einbezogen waren.

Trotz dieser Zusammenkünfte hat sich der höchste Rat für physische Kultur in der Gemeinschaft entschlossen, an Sie heranzutreten mit dem Vorschlag, alles zu tun, um die erste Arbeiter-Olympiade geschlossen durchzuführen.

Die fortgesetzte Verhärtung der Reaktion und des weißen Terrors in den verschiedenen Ländern, die steigenden Rüstungen des bürgerlichen Militarismus, der Ausbau der Kriegsmaschine, die damit verbundene drohende Gefahr neuer imperialistischer Weltkriege muß es zur Pflicht machen, alle Proletarier, wo es immer möglich ist, zusammenzuschließen und sie in einer geschlossenen Front der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Die drohenden imperialistischen Kriege (wir leben auch jetzt nicht im Frieden, siehe Maraschino u. a. V.) können nur das geschlossene internationale Auftreten der Proletarier aller Länder sich vereinigen zum Kampf gegen den neuen Krieg und gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes und der ganzen Welt.

Die bürgerlichen Sport- und Sportorganisationen werden von der Bourgeoisie begünstigt und tragen im stärksten Maße zur reaktionären und militaristisch-chaumontischen Vergiftung der Seele der Proletarierjugend, welche sich leider noch in diesen Reihen befindet, bei. Die Größe und Stärke der bürgerlichen Sport- und Sportorganisationen macht es uns zur Pflicht, diesen gegenüber geschlossen aufzutreten. In einer Reihe von Ländern sind die bürgerlichen Sport- und Sportorganisationen direkt von Generälen und Offizieren der Armee geleitet und unterstehen den Kriegskommissariaten. Damit ist ihr Charakter eindeutig klar. Wir glauben mit Recht annehmen zu dürfen, daß die weitere Militarisierung aller bürgerlichen Sport- und Sportorganisationen vor sich gehen wird. Das sind große Gefahren,

muß es sich der Gewerkschaftsprog zur Pflicht machen, denselben auf der Tagesordnung eingehend zu behandeln und alles daran zu setzen, sämtliche Mittel und Wege, die ihm zu Gebote stehen, in Anwendung zu bringen, um die Verblüdung der deutschen Arbeiterschaft wirksam zu bekämpfen.

Kollegen, bis zum 1. Juli ist noch Gelegenheit, in bis dahin noch stattfindenden Mitgliederversammlungen ähnliche Anträge einzubringen, die den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragen. Deshalb schließt die Kampfbroschüre, die von diesem Gewerkschaftsprog, daß er sich ernstlich für die Erfüllung bzw. Aushandlung des Jahrsfestes, für die gewerkschaftliche Einheit und gegen den Verblüdungszustand der imperialistischen Kämpferkassen und gegen die unerbittlichen Hungersnöte und den Steuerzins an der belagerten Klasse einsetzt.

welche unserer Sache Schaden bringen und vor allen Dingen für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sind.

Die Zerstörung von Arbeiter-Sport- und Sportverbänden in einigen Ländern (Bulgarien, Estland u. a.) und die Bedrohung ihrer Arbeit, wenn sie sich offen auf die Seite des Proletariats stellen, zeigt, daß die Reaktion und der Terror der Bourgeoisie nicht vor den Arbeiter-Sport- und Sportorganisationen Halt macht, sondern diese rücksichtslos zerstört. In Solidarität mit den von der Bourgeoisie Verfolgten sollte die erste Arbeiter-Olympiade im Zeichen der geschlossenen Demonstration gegen die Bourgeoisie durchgeführt werden.

Schon sehen wir, daß sich die Arbeiterklasse zu gewaltigen unruhigen und unorganisierten unruhigen unruhigen Reihen zu schließen. Die großen Erfolge, welche bis jetzt in den Verhandlungen der russischen und englischen Gewerkschaften für die Herstellung der Einheit zutage getreten sind, sollten auch die internationale Arbeiter-Sport- und Sportbewegung anspornen, diesen Weg zu beschreiten.

Gemeinsame Arbeit für die Schaffung einer gemeinsamen Plattform!

Aus alledem folgern wir, daß es von der größten Bedeutung ist, unseren Vorschlag anzunehmen. Wir sind uns dessen bewußt, daß dies der Wunsch von Millionen Proletariaten, sowie der Arbeiter-Sportler und -Sportler ist, die erste Arbeiter-Olympiade im Zeichen der Geschlossenheit und des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter-Sportler und -Sportler gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus und seine Sport- und Sportorganisationen durchzuführen.

Es wäre nach unserer Meinung von Nutzen für die Bourgeoisie, wenn der erste proletarische Staat, der Staat mit der ersten wirklichen Arbeiter- und Bauernregierung, jener Staat, welcher den sechsten Teil der Erde darstellt, von der 1. Internationalen Arbeiter-Olympiade ausgeschlossen bleibt. Ebenso wie es von Nutzen für die Bourgeoisie ist, wenn die anderen, mit uns in brüderlichen Beziehungen stehenden Organisationen anderer Länder ausgeschlossen bleiben.

Wir wünschen von Ihnen vor allem eine klare Antwort, ob Sie unsere Teilnahme wollen oder nicht. Wenn Sie kein geschlossenes Auftreten mit uns oder mit den revolutionären Arbeiter-Sportverbänden überhaupt wünschen, haben Sie das nur auszusprechen. In diesem Falle sollten die Mitglieder der Arbeiter-Sportorganisationen der ganzen Welt endgültig in dieser Frage Stellung nehmen. Selbstverständlich wird auch das eventuelle Ausbleiben jeder Antwort von Ihrer Seite mit einer ablehnenden Antwort gleichwertig sein.

Wir hoffen aber sehr, daß Sie sich für das gemeinsame Auftreten bei der ersten Arbeiter-Olympiade aussprechen. In dieser Hoffnung werden wir alle Vorbereitungen treffen, um doch noch in letzter Minute mit einigen Kräften in Frankfurt antreten zu können. Wir werden deshalb in engen Zusammenhänge mit dem G. R. der RSK, unseren Bruderorganisationen in Norwegen, Schweden, Tschechoslowakei, Frankreich usw. empfehlen.

Mit revolutionären Grüßen

Höchster Rat für physische Kultur.

Achtung! Kolporteur!

Da eine ganze Anzahl von Kolporturen trotz unserer wiederholten Mahnungen noch immer nicht pünktlich und voll abrechnen, senden wir ab sofort nur noch solche Zeitungen, wie der Geldbetrag ausmacht, der eingekandt wird.

Verlag und Expedition.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Illustrate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Schließliche Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau; Druck: Weingart-Berlin, Brudersstraße Breslau.

Liebig-Theater

(Nichtunterbunden)

Telephon: Ring 9428

Mittwoch, den 1. Juli 8 Uhr abends und folgende Tage

Gesamtspiel des Lusttheaters

Sechs Personen suchen einen Mörder

Hauptdarsteller:

Georg Kaiser, Josef Schwan, Franz, Kersch, Neys, Opt, Fiel

Vorverkauf ab Montag Reichsbüro Barock und Kasse der Liebig-Theater-Schauspielhaus



Ihr Magen ist krank?

Sie leiden an Verdauungsstörungen, Appetitlosigkeit, lästiges Aufsinken quält Sie, Sie haben oft nach dem Essen ein quälendes Gefühl des Hungers in der Magengegend, Würgen im Halse, Herzbeschwerden, Stuhlträgheit, Sodbrennen, Blähungen, Magenschmerzen, Magenbeschwerden, Magenkrämpfe, Magengeschwüre, Magendrehen, Magenstörungen, akuten und chronischen Magenkatarrh usw.

Magenkrankheiten sind sehr gefährlich.

Alle Krankheiten können nur durch einen gesunden Magen wirksam bekämpft werden.

Eine Million-1000000 Gratis

proben werden ganz kostenlos und franko verschickt.

Wenn Sie sich diese Gelegenheit nicht entgehen — es ist die sicherste Hilfe — bei Vorliegen Sie noch heute als Leser dieses Blattes Versammlungen und Kurkuren unserer wissenschaftlichen Präparate

„STOMANOL“

von Dr. med. G. Campe S. m. b. H., Magdeburg

Von Gallenstein- oder Nierensteinen neben anderen Erscheinungen befallen, so ist dieses besonders zu beachten

Schauspielhaus

Operettenabende
Tel. Ring 2545.
Montag 8 Uhr:
Abchied
Curt Wollram
u. Oskar Brandl
Die
Fledermaus
Dienstag 8 Uhr:
Abchied
Karl Altmann
„Clo-Clo“
oder
„Der Schrei nach dem Rinde“
Mittwoch 8 Uhr:
Abchied
Ela von Eidersdorf
„Der Ziegenbaron“

Verammlungsständer.

Anderer Organisationen

RFB. Breslau, Gruppe Ost, Montag den 29. Juni, abends 7.30 Uhr, Gruppenversammlung bei Franke, Frauenstr. 173.
am 1. Sonntag, den 1. Juli abends 7.30 Uhr, im Pötel Saal, Straßstr. 5 findet eine Gruppenführer-Sitzung statt, sämtliche 2500 Mitglieder, auch der 2. J. haben teilzunehmen und pünktlich zu erscheinen. Samstags stellen die Mitgliederbildung und weitere Beratung stattfinden. Revisionen am Freitag, Samstag und Sonntag, Schiffsale haben jeweils 3000 Mitglieder zu erwarten. Die Ortsleitungen.
R. 4. Gruppe Süd, Dienstag, den 30. abends 7.30 Uhr, findet bei Feinher Metallant Siebenbrunnener Straße 69, eine wichtige Gruppenversammlung statt.
R. 1. Gruppe Ost, Sonntag, den 29. abends 7.30 Uhr, Gruppenversammlung bei Franke, Frauenstr. 173. Um 8 Uhr Beginn der Arbeit, Revisionen am Freitag, Samstag und Sonntag, Schiffsale haben jeweils 3000 Mitglieder zu erwarten. Die Ortsleitungen.

IAH. Sonntag, den 29. Juni, abends 7.30 Uhr, kommt unsere Sitzung der 1. Gruppe und der 2. Gruppe im Büro Götze, 48, jeder Gruppe muß erscheinen, auch die in der letzten Sitzung erschienenen Funktionäre.

Sportnachrichten

Freitag 1. Juli, früh: Wasser- und Wasserballturnier, „Rittwoch, den 1. Juli abends 8 Uhr in der „Hoffnung“ Bezirkskörperturnier.

Fries-Brot „Edelweiß“
Weiß- und Sauwaren in hoher Qualität
Fritz Grieger, Mehlgaße 30

Schuhhaus Magnet

Breslau 10, Matthesstr. 20
Spezialhaus für goddegene Schuhe aus strapazierfähigen u. feinsten Materialien
Bedienung

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

kauff nur bei den Inserenten Eurer Zeitung!

Oskar Hielscher

Altwasser
Fabrik / Nähmaschinen / Umwaggen
und Ersatz- und Zubehörteile
Bevor Sie anderweitig kaufen, hören Sie meine Preise



Betrieb und Werkstatt

Gegen Hungerlöhne und Neun-Stundentag!

Die Waldenburger Bauarbeiter lehnen trotz aller Manöver der Reformisten den provokatorkischen Schiedspruch fürs Baugewerbe ab

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

In einer am 24. Juni 1925 im „Eckstein“ tagenden Mitglieversammlung nahmen die Bauarbeiter unter anderem Stellung zu dem gefälligen Schiedspruch, der eine Lohnerhöhung von 10 Prozent vorschlägt. Sie mußten wieder einmal die Wahrnehmung machen, daß die Gewerkschaftsleiter nicht im Ernst daran denken, die Lebenslage der Bauarbeiter zu verbessern, und sie schlugen den Kollegen vor, diese 10prozentige Lohnerhöhung anzunehmen. Sie behaupteten, daß dieses Ergebnis einen Erfolg bedeutet, wenn es auch nicht viel sei, aber es sei ohne Kampf erreicht worden, und das sei zu beachten. Der reformistische Vorstand empfahl Annahme des Schiedspruches.

Die Diskussion zeigte aber, daß die Mehrzahl der Kollegen nicht mit diesem Schiedspruch einverstanden war. Kollege Sellia stellte die Kollegen vor die Frage, ob sie als Bauarbeiter denselben Weg gehen wollen wie die Bergarbeiter, die auch bei jedem Lohnresultat, das von den Bürokraten als hoch und heilig empfohlen wurde, immer zustimmten und jetzt diese Einschüchterungsakt vollkommen verflucht worden sind. Die darauf folgende Abstimmung ergab mit Ausnahme einiger Stimmen, die dafür stimmten, die gatte Ablehnung des Schiedspruches.

Wir haben die Waldenburger Bauarbeiter gefragt, daß sie erkennen, daß diese Zahl, die von Seiten der Gewerkschaftsleiter empfohlen wird, das Ausweichen vor jedem Kampf, falls es die Arbeiter immer mehr ins Elend führt.

Die Versammlung beschloß sich ferner mit der Anstellung eines zweiten Geschäftsführers. Die Anstellung wurde genehmigt und die Stelle ausgeschrieben. Sie ist am 1. August 1925 zu besetzen. Bewerber müssen zehn Jahre Mitglied des Baugewerksbundes sein oder mindestens zehn Jahre gewerkschaftlich organisiert sein. Weiter muß jeder Bewerber einen gewissen Lebenslauf, vor allen Dingen über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung an die Geschäftsstelle des Baugewerksbundes Waldenburg, Zuerstraße 27 a senden.

Als Delegierter für den Gewerkschaftslangjahr wurde der Bezirksleiter K. S. n. n. vorgezogen. Die Verhandlung verstand es, die Kollegen einzulassen und ihnen mitzumachen, daß Arbeiter solche gewählt werden würde.

Die Waldenburger Zimmerer zum Schiedspruch

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am Dienstag, den 23. Juni fand im „Stern“ in Waldenburg eine gut besuchte Zimmererverammlung statt. Die sich mit dem Schiedspruch zu beschäftigen hatte, der in Preußen gefällig wurde und eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gleich 9 Pfg. die Stunde vorsieht.

Die geforderten 20 Pfg. Zulage wurden von den Unternehmern höhnisch abgelehnt, trotzdem auch diese Herrschaften wissen, daß wir eine 50-100prozentige Verrentung auf fast alle Artikel haben. Die stets wiederkehrende Begründung, daß dies die Landwirtschaft nicht tragen könne (das heißt ihr Profit nicht tragen kann) kennen wir zur Genüge. Auf die blöden Ausführungen im „Neuen Tageblatt“ einzugehen, erübrigt sich, da diese vor dem „überaus klugen“ Dr. Felsch verbrochen wurden, der natürlich nur seiner Herrn Interessen im Auge hat. Die Kameraden waren durchweg mit dem Ergebnis der Verhandlungen unzufrieden, was die knappe Annahme des Schiedspruches beweist (38 für und 36 gegen denselben). Die Unternehmer mögen aus dieser Tatsache die richtigen Schlüsse ziehen. Sie werden die Kameraden berechtigen, wie immer, wenn es gilt, einen Kampf zu führen, für gerechte Forderungen, zumal sie wissen, daß die Löhne wieder steigen wird, infolge überer Annahme der Zollvorlagen im Reichstags.

Aus der Lohnbewegung der Textilarbeiter im Ostengebirge

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Sachsenhausen, 27. Juni.

Die hiesige Bezirksfiliale des deutschen Textilarbeiterverbandes hatte am Montag, den 22. Juni die Arbeiterzeitung von Sachsenhausen zu einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung aufgerufen. Die Versammlung war gut besucht. Saal und Garten des Dinter'schen Hofes waren voll. Die Tagesordnung lautete: Die Stellungnahme des Verbandes Schlesischer Textilarbeiter zu unseren eingereichten Lohnforderungen.

Der Referent Gaukler kritisierte, daß den Bericht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Die Textilarbeiter lehnen jedes Entgegenkommen zwecks Aufbesserung der geradezu skandalösen Textilarbeiterlöhne ab. Auf diesem aufreizenden Standpunkt steht die ganze Unternehmerchaft Sachsenhausens. Der Vogel in dieser Hinsicht schießen die Herren Textilarbeiter des Ostengebirges. Während in den Lohnbezirken Saxe-haus, Grünberg und Rammart der Spitzenlohn eines Textilarbeiters die verschwendete Summe von 40 Pfg. die Stunde beträgt, so beträgt im Reichsbader Lohnbezirk der Spitzenlohn eines erwachsenen männlichen Textilarbeiters 38 Pfg. die Stunde, in Worten achtunddreißig Pfennige.

Und diese paar Pfennige werden gezahlt bei einem wüderlichen Antzeilbesitz.

Bei einem System, wie es in den amerikanischen Textilarbeiter auch nicht schlimmer ist, es besteht bloß der Unterschied, daß der amerikanische Textilarbeiter sechs- bis achtmal mehr verdient, als der schlesische. Kollege Fritsch ging dann noch näher ein auf die zu erwartenden Forderungen, die die Arbeiterchaft ganz bedeutend in die Höhe treiben werden. Er sagte, der ILO und CIO werden alles mit möglicher Annahme, um diese Forderungen zu verhindern. (1) Deshalb lehnen sie auch jeden ernstlichen Kampf und die Antwort auf den offenen Brief der ILO ab. S. Red.) Fritsch verließ dann noch einige Stellen

aus der Eingabe der deutschen Unternehmerverbände an die Reichsregierung, in der verlangt wird, daß nun endlich Schluß gemacht werden muß mit den fortwährenden Lohnerhöhungen, (wer laßt da nicht?) und daß die Reichsregierung auf die Schlichtungsinstanzen einen Druck ausüben möchte, nur langfristigen Verträgen ihre Zustimmung zu geben. Kollege Fritsch forderte dann noch die Anwesenden auf, in den Betrieben den Mitarbeitern, die noch nicht im Verband sind, klar zu machen, daß es auch ihre Pflicht ist, sich einzureihen in die gewerkschaftliche Kampffront, damit auch die Textilarbeiterchaft sich einigermassen erträgliches Dasein erkämpfen kann.

Geschäftsführer Kollege Lang ergänzte noch die Ausführungen des Kollegen Fritsch und wies darauf hin, daß bei den bisherigen Lohnverhandlungen die Unternehmer erfüllt hätten, die Arbeiterchaft ist ja mit den bisher gezahlten Löhnen bis jetzt geachteten Löhnen zufrieden ist, ergab einstimmige Annahme der Verhandlungsforderungen.

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen des Ostengebirges, heraus aus eurer jämmerlichen Gleichgültigkeit. Gerade eure trostlose Lage, in der ihr dahingeweidet müßt doch für euch ein Ansporn sein, daß ihr euch wieder auf euch selbst besinnt. Euer Hungerdasein könnt ihr nur verbessern, wenn ihr geschlossen für eure Forderungen zu kämpfen gemüßt seid. Deswegen kühn in die freien Gewerkschaften und damit als geschlossener Block gekämpft gegen das häßliche Unternehmertum.

Sie saugen den Webern das Blut aus den Adern

Firma Fränkel, Neustadt OS.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Bei der Firma S. Fränkel, Reimenerdele wird seit ein Vierteljahrhundert eingeführt für Handwerker. Bis 15 Prozent Prämienzuschlag erhält der Handwerker, der am wichtigsten ist, oder vielmehr der am meisten frischen und sich dicken kann. Das durch ist in kurzem ein Schmarohertum eingetriffen, alles geht nach Gunsten. Diese gefüllene Schmarohertum will sich durch dieses System eine willkürliche Brut machen. Der schwarz-goldene Betriebsrat unternimmt nichts Ernstes dagegen. Betriebsversammlungen werden überhaupt nicht abgehalten. Diese Firma hat es verstanden, sich in kurzer Zeit zu einer Riesenfirma zu entwickeln. Den Webern wird durch ein raffiniertes Abschöpfsystem das Blut aus den Adern gesogen, so daß dieselben nicht mal Zeit haben, auf den Lotus zu gehen. Tugendliche erhalten vier Mark Wochenlohn, bei den älteren reicht nicht fürs tägliche Brot. Wenn jemand Hilfe wird, wird erst nachgeprüft, ob er kommunist ist. Der größte Teil des Betriebsrats ist faul oder will Ruhe haben. In jeder Sitzung geht der SPD-Gewerkschaftssekretär Weisk mit dem christlichen Bogen Bede Hand in Hand. Arbeiter, die in die Gewerkschaften, laßt auch die Betriebsräte nicht drittens von Weisk und Bede. Ihr seid die Sklaven, Waren herstellen und hungern müßt ihr Weisk und Bede hungern nicht mit euch. Nur eins wird euch retten, verliert den Glauben nicht, Einigkeit macht stark, zeigt Geschlossenheit gegen eure Feinde.

Betrug

Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Hermsdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Wie die Steiger, die im Grunde genommen auch nur Ausgebuteete sind und als solche sich in die rote Front der Ausgebuteete gegen die Ausbuteer einreihen müßten, davon nichts wissen wollen und sich als Kapitalistenknechte fassen, zeigt folgendes Beispiel:

Schließt da in der 3. Abteilung der Steiger Konrad mit einer Kameradschaft ein Gedinge mit einer Leistung von 22 Wagen ab. Die Vertragsverhältnisse waren günstig. Die Kameraden schufteten wie die Wilder und erhielten zum Monatschluß eine Leistung von 26 Wagen und hofften demzufolge auf einen schönen Lohn. Was macht aber der Herr Steigervertreter? Er zahlt einfach das verdiente Lohn nicht und reißt den Kameraden pro Schicht eine Mark und fünfzig ab. Bei der Bescheideneführung durch die Kameradschaft erklärte er in vollster Seelenruhe: Verflagen Sie mich doch, wenn Sie mit einem Betrug nachgehören können.

Nun ist es so, daß der Gedingzettel den ganzen Monat in der Grube bleibt und durch die Hände aller Kameraden wandert. Auf diese Weise geht er sehr häufig verloren, oder die mit drei geschriebenen Zahlen werden vermischt und unleserlich gemacht. Einen andern Beleg haben die Kameraden nicht in der Hand und der Ausgang einer Verhandlung vor einem bürgerlichen Gericht ist ungewisshaft.

Auf diese Weise werden die Kameraden um ihre sauer verdienten Groschen betrogen.

Reine Lohnerhöhung

Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Hermsdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Was wir voraussetzen und auch voraussetzt, ist eingetretene Lohnerhöhung von 8 Prozent war in Wirklichkeit keine Lohnerhöhung. Laut neuer Lohnordnung soll der Durchschnittslohn pro Schicht 4,21 Mark betragen. In der selben Lohnordnung heißt es aber, daß beim Gedingabschluß als Basis 3,84 Mark genommen werden. Danach ist auch gehandelt worden. Im Durchschnitt betrug der Schichtlohn demzufolge nur 3,84 Mark. Von einer Lohnerhöhung können auf diejenigen sprechen, die nicht im Gedinge, sondern im Schichtlohn arbeiten. Solche Leute haben wir höchstens 3-4 in jeder Abteilung.

Kameraden, die es müßt ihr klar erkennen und nach wie vor eine mindestens 50 prozentige Lohnerhöhung fordern.

Verweigert Ueberstunden!

Denkt an die Arbeitslosen!

12-Stundenschicht unter Tage

Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Hermsdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Was den Waldenburger Grubengewässigen in der offenen Abstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage nicht gelungen war, das hat der Steiger Kowalef in der 3. Abteilung nicht bloß erreicht, sondern bei weitem überboten. Er läßt einen Teil der Kameraden in seiner Abteilung

12 Stunden

arbeiten. Dieses erreicht er nicht etwa durch ein Skript, sondern einfach durch folgendes Vorgehen: Er fordert die Kameraden auf, nach Beendigung der gültigen acht Stunden weitere vier Stunden in der Grube zu bleiben, um Kohle zu machen. Diese vier Stunden schreibt er ihnen aber nicht vor ihren Ort, sondern in die Zimmerung. Die gehauene Kohle selbst wird wie in der regelmäßigen Schicht gehauen bearbeitet. Daraus ergibt sich eine höhere Leistung pro Schicht und naturgemäß ein höherer Verdienst. Verschiedene Kameraden sind auf diesen beim in-ständig heringefallen, weshalb es sich notwendig macht, einige Worte dazu zu sagen.

Wir sind stumm, daß die Kameraden, die auf diese Weise viermal in der Woche statt achtstündig zwölfstündig gehen, einen höheren Verdienst erzielen werden. Was wird aber am nächsten Monat eintreten? Da die Ueberstunden nicht vor dem Kohlenort geschrieben werden, ergibt sich eine sehr hohe Leistung pro Kopf und Schicht. Es ist klar, daß im nächsten Monat der Steiger versuchen wird, diese anormale Leistung beim Abschluß des Gedinges der Berechnung zugrunde zu legen. Er wird also eine höhere Leistung verlangen, die die Kameradschaft gar nicht in der Lage ist zu leisten. Die Folge davon wird sehr die Senkung des Schichtverdienstes. Auf diese Weise graben die Kameraden, die jetzt auf den Leim des Herrn Steigers eingehen, sich selbst ihr Grab.

Kameraden, verweigert jegliche Ueberarbeit, fordert stattdessen Lohnerhöhung und die Sechsstundenschicht!

Durchbrechung der 8-Stundenschicht unter Tage

Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Hermsdorf.

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Auf alle nur mögliche Weise versuchen die Kameraden, die Kampfschicht zur Verlängerung der Arbeitszeit zu bewegen. Dabei geschieht auch in der dritten Abteilung in dem Steiger der Kameraden, die hier vor den Streben arbeiten, welche der Steiger, daß er keine Arbeiter habe, um die dort benötigten Rutschen und Bleche bis in die Nähe des Arbeitsortes bringen zu lassen. Unter diesem Vorwand forderte er die Kameraden auf, dieses Material nach der Schichtzeit zu holen. Die Kameraden weigerten, erklärte er: „Wenn Ihr dieses nicht tut, so werde ich Euch nicht wundern brauchen, wenn Ihr mit einem Schichtlohn von 3,50 Mark nach Hause gehen werdet.“

Die Kameraden vor dem einen Streb erklärten, ihnen sei es schaupe, ob der Steiger Leute habe oder nicht, und wenn er es ihnen verbiete, das Material während der Schichtzeit zu holen, so werden sie eben das Berggezege besorgend, nicht weiter arbeiten können. Und sie führen wie immer nach den acht Stunden Arbeitszeit aus der Grube. Diesen Kameraden haben wir ein Bravo zu!

Die Kameraden vor dem anderen Streb fielen leider um und belagerten die Bleche und das andere Zeug nach der Beendigung der Schicht.

Kameraden, haltet fest an dem Achtstundentag! Die Parole für den Bergbau heißt nach wie vor: Her mit der Sechsstundenschicht unter Tage!

Ein Zauberblag

Karl Kriehel, Gletwig, Malergeschäft

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

In Gletwig existiert auch ein Malergeschäft (Karl Kriehel) mit dem alten Werkführer Schwob als rechte Hand. Diese Firma hat den O. S. M. Neubau am Schlachthof Gletwig in Arbeit. Dort herrscht ein Antreiberystem, wie man ein zweites Maler suchen muß. Täglich wechseln dort die Geblissen, meist verheiratete Leute. Um 8 Uhr gehen Heben Mann, um 9 Uhr kommen wieder sieben Mann, wie in einem Zauberblag. Während der Arbeit darf ein Geblisse zum andern nicht sprechen, geht einer austreten, so sagt zu dem Betreffenden der obere Schwob: „Mein Lieber, wenn Sie wollen verdienen, müssen Sie sich auch ranhalten an die Arbeit.“ Ich beobachtete neulich einen Fall. Die Kinder eines Geblissen brachten diesen den Stubenschlüssel zur Arbeit, daß er nicht warten braucht auf den Schlüssel, wenn er nach Hause kommt. Den Kindern den Schlüssel abnehmen und eine kleine Frage des Vaters dauerte eine Minute. Da kommt der Schwob und sagt: „Sie haben bei der Arbeit zu bleiben und nicht dauernd fortzulaufen.“ Aufser dem Schwob sind noch vier andere Beobachter, Geblissen, die auf die geringste Kleinigkeit Obacht geben und dem Schwob Geld eintragen. In der Regel muß man den ganzen Tag festhalten, kommt kein Mann, wie ein fallender dreißiger Arbeiter zu keinen Rekruten sprach. Wir werden in nächster Zeit mit dem alten Schwob Abrechnung halten.

Die Ausbeutung der Breslauer Notstandsarbeiter

Bausiell, Polnitz, Sztung

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Seit fünf Wochen sind wir in Verhandlung wegen der Zahlung der Regentage und ein paar Pfennige mehr Lohn. Die Arbeiter, die mehrere Kinder haben, verdienen jetzt weniger, als vor dem 25. Mai. Man macht uns nur leere Versprechungen und unser Geld wächst von Tag zu Tag. Diese Kollegen können mit trockenem Brot zur Arbeit. Andere können von dem Bettellohn keine Miete zahlen und der Miet für Räumungslage eingereicht. Vielleicht sehen man sie in den nächsten Tagen auf die Straße. Wenn es so weitergeht, werden wir mit unseren Kindern vor das Rathaus ziehen und dem Magistrat die Ernährung überlassen.

Amnestie! Fordert sie!

Von M. G. E.

Prolet, Du bist der Herr der Welt, Du bist der Herr der Welt, Du bist der Herr der Welt...

Wie lange noch?

So fragte sich jeder unserer Genossen, als er am Donnerstag in der Stadt Reichenbach zur öffentlichen Gewerkschaftsversammlung war...

hauen. Damit jeder auf seine Kosten kommt. Arme Schweidnitzer Bergarbeiter, wie dümm und blöde muß euch euer eigener Genosse halten...

Einen guten Erfolg

hatten wir bis jetzt mit der Aufnahme von Inzeraten aus der Schweidnitzer Geschäftswelt für das "Berg-Echo".

Die diensteifrige Schupo

Nachdem nun ein bedeutender Teil der hiesigen Schupo abgebaut und jüngere und tüchtigere Kräfte eingestellt worden sind, hat nun ein siebenstägiger Dienstreife eingeleitet.

Erwerbslosen-Glend

Mehrere Jungarbeiter blieben im Mai auf der Straße. D. h. sie wurden entlassen, weil sie am 1. Mai gefeiert hätten.

Einen Kastrampf

erlitt ein heiliger Arbeiter auf der Mittelstraße, als er am Sonntag die Bergstraße in die Hand bekam.

Breslau

Die Julimiete

Das Preßamt teilt mit: Von privater Seite ist die Nachricht verbreitet worden, daß für den Juli die Mietpreise zu zahlen sei...

Verteilung von Viehgasanlagen

Das Preßamt teilt mit: Die hiesigen Viehgasanlagen sollen auf Antrag für Viehgasanlagen, die keine oder unzureichende Gasanlagen haben...

Schluß des Johannistages

Am Sonntag fand das Johannistfest seinen Abschluß. Das Johannistfestmessen, sowie der Aufstieg der berühmten Sankt-Elisabeths-Kirche...

Die Zukunft der Breslauer Privatbühnen

Verhängnis war das Preßamt mittels einer den Magistrat die bisher beliebtesten Unterlagen gegenwärtig in dem Magistrat nicht von einer vollständigen Lösung zu verweigern.

aters näherzutreten und die Theaterdeputation mit der Prüfung der Angelegenheit zu beauftragen.

Soweit das Preßamt.

Während der Magistrat bisher dem Stadttheater außerordentlich hohe Zuschüsse auf Kosten der Arbeiter machte, hat er für die Zeit der Schloßtheater...

Breslauer Kinos

Laurenztheater

Schwebendblut

Eine Handlung nach uralten Motiven. Brigitte, eine Magd von besonderer Schönheit, wird von ihrem molligen Ausbeuter betört, geschwängert und verlassen.

Man wundert es, daß die Mutter, aus dem Keller zurückgekehrt, durch einen Zufall ihren Sohn wiederfindet, und daß der Schurke, gelähmt und belehrt zurückkehrt, um die Besessenen und Verführten zu heiraten?

Wir kennen die Weise, wir kennen den Zeit... Mit solchen rätselhaften Dramen werden die Bekehrten der Bourgeoisie beschönigt, die Proletarier eingelullt und die Klassenempfinden gefälscht.

Im Hfa-Kino wird das Lustspiel Die gesunde Braut gegeben. Ein Kleinstraßen- und Hofstadtmädchen das besonders die raffinierten technischen Möglichkeiten des Films zeigt.

Aus der Partei

Wahrung! Kommunalvertreter!

Wir erziehen alle Gemeindefractionen um eines Jahresbericht über ihre kommunizistische Tätigkeit zu schreiben und diesen Bericht den Delegierten zum Bezirksparteiabend mitzugeben.

Gemeindevertretung in Ober-Hermsdorf

Spaltung im Lager der SPD. - Mit Hilfe des SPD-Gemeindevorstehers erhält die Bauhütte keinen Bauantrag.

Am Dienstag, den 23. Juni fand die Gemeindevertretung in Ober-Hermsdorf statt. Als einziger Tagesordnungspunkt war die Vergabung des Baues des Zwölfstammtenhauses...

Nach gefälliger Vorbesprechung wurde der Bau dem billigsten Bauunternehmer zugeworfen werden, das war in diesem Fall die Bauhütte. Trotz der laut Kostenschlag höheren Summe war diese die billigste, weil sie die 3-4000 Mark, die für die Bearbeiten ausgegeben hatte...

Die Bürgerlichen waren ursprünglich für Vergabung des Baues an Jerbe, als sie aber erfuhr, daß Stengel bereit ist den Bau zum Preis des billigsten Angebots auszuführen, was in diesem Fall Jerbe war, schlugen sie vor, den Bau an Stengel zu vergeben.

Waldenburg, Explosionsunglück bei Ziech. In der Porzellanfabrik Ziech ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Die Stichflamme des erlöschenden Gases erreichte sehr hohe Höhen und Mäler und den Augen der Arbeiter.

Durch den Personalmangel sind sich der Arbeiter an den Gewerkschaften verschiedene Beschwerden über die Mißstände bei Ziech gerichtet worden. Der Gewerkschaft hier es darauf an zu wirken, den Betrieb zu betätigen und beschwerte diesen als unzulänglich.

Bei dem Unglück tötete es sich nun heraus, daß die verunglückten Arbeiter bereits eine vollständige Arbeitszeit hinter sich hatten und daß zur Unterbrechung der Bergarbeiten kein Personal vorhanden war.

Auf diese Weise spielen die Ausbeuter mit dem Leben ihrer Arbeiter. Hiergegen gilt es scharfe Front zu machen.

Die Ziech der Waldheimhüttenarbeiter fand in der vergangenen Woche am Mittwoch, den 24. Juni, statt. Von den 12000 Stücken sind mit 5800 verkauft worden, was bei den schlechten Verhältnissen der Waldenburger Arbeiter weiter nicht Wunder nimmt.

Altoster. Am Mittwoch und hier zwei Kinder überfahren worden. Das erste, nur vier Jahre alt, wurde durch ein Auto der Firma Aier, am Rastplatz nach der Seite gefahren und im Gesicht schwer verletzt. Das zweite, ein sechsjähriges Mädchen, spielte mit anderen Kindern auf der Sparrenbrücke Straße, überfuhr in dem Spielplatz das Auto und lief direkt in das Auto hinein. Auch dieses mag schwere Verletzungen davon nehmen.

Was können die Arbeiter tun, um die Verhältnisse zu verbessern? Wohl empfehlen die Bürgerlichen den Eltern, auf ihre Kinder mehr zu achten und sagen, die Straße sei kein Spielplatz für Kinder. Deshalb sei hier die Frage anzustellen: Sollen die Eltern nicht verantwortlich für den ganzen Schaden sein - besonders jetzt im Sommer - an der dampfenden Straße sitzen lassen zu lassen? Nein, dieses geht nicht an, schon deshalb, weil keine einzige Mutter in Altoster einen Kinderbeschwerdungs in der Nähe hat. Auch die Kinder haben Beschäftigung auf der Straße zu finden, sondern die Eltern auf die Kinder, solange die Ausbeuter herrschen, werden sie sich keinerlei Verantwortlichkeit machen lassen und werden auch weiterhin ohne um der Wimper zuucken, jedes Kind in die Quere kommende Straßensperren einfach überfahren.

Zeitung. Einstellung von Schäferhunden. Der Verein für deutsche Schäferhunde veranstaltet am Sonntag, den 28. Juni auf dem Sportplatz eine Hundeschau.

Heute noch

Wagt die dein Abonnement einzuziehen oder keine Zahlung für unter Nicht gegeben, wenn du es ab 1. Juli beziehen willst